



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Unerwartete Kostensteigerungen im UKSH rückhaltlos aufklären

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 6. Tagung einen schriftlichen Bericht zu den unerwarteten Kostensteigerungen, zum Management und zur Vakanzbewirtschaftung im Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UKSH) vorzulegen. Der Bericht soll die Widersprüche zwischen den Angaben zum UKSH Jahresergebnis 2009 in der Presseberichterstattung (Lübecker Nachrichten vom 10. Februar 2010) und auf der Pressekonferenz des UKSH am 11. Februar 2010 aufklären.

Der Landtag bittet die Landesregierung in ihrem Bericht zu nachstehenden Punkten Stellung zu nehmen:

- Anzahl und Verfahrensstand der Überlastungsanzeigen,
- Einhaltung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzbestimmungen, aktueller Krankenstand,
- durchschnittliche Vakanzzeit bei Personalstellen im medizinischen und pflegerischen Bereich,
- seit 2007 mit der externen Managementberatung beauftragte Unternehmen und Dienstleister und hierfür verwandte Ausgaben,
- Laufzeit, Verlängerungsoptionen, Konditionen und Kostenrahmen (inkl. Boni) des Beratervertrages mit Dr. Carl Hermann Schleifer,
- Anzahl und Kostenrahmen der Personalstellen im Bereich Controlling.

Begründung:

Nach Angaben der Lübecker Nachrichten (LN) vom 10. Februar 2010 weist der aktuelle Wirtschaftsplan des UKSH für das Jahr 2009 Kostensteigerungen in Höhe von

33 Mio. € auf. Offenbar hat es in der Planung und dem Controlling Fehler im Management gegeben. Unter Bezugnahme auf ein Schreiben an die Klinik- und Institutsdirektoren, welches der Presse vorliegt, wurde in den LN berichtet, dass im vergangenen Jahr rund 33 Millionen Euro mehr ausgegeben wurden als geplant. Frei werdende Stellen sollen deshalb vorläufig unbesetzt bleiben. Die Personalkosten beim größten Arbeitgeber des Landes sollen bei 420 Millionen Euro statt der veranschlagten 400 Millionen Euro gelegen haben. Hohe Materialkosten schlugen mit zusätzlichen 13 Millionen Euro zu Buche.

Das UKSH ist damit wirtschaftlich in eine Schieflage geraten und das verantwortliche Management hat offenbar schwerwiegende handwerkliche Fehler im Controlling gemacht. Die angekündigte Verzögerung bei der Besetzung von Stellen („Vakanzbewirtschaftung“) ist insbesondere im medizinischen und pflegerischen Bereich unverantwortlich. Die Tatsache, dass es sich beim UKSH um das einzige Haus der Maximalversorgung in Schleswig-Holstein handelt mit entsprechend höherem Pflegebedarf muss bei der Personalbemessung berücksichtigt werden.

Die durch das UKSH auf der Pressekonferenz am 11. Februar 2010 vorgelegten Angaben zum Wirtschaftsplan weisen deutlich abweichende Zahlen aus. Der UKSH Leitung ist es dennoch bisher nicht gelungen, die entstandenen Widersprüche nachvollziehbar aufzulösen.

Dr. Andreas Tietze
und Fraktion

Dr. Marret Bohn